

Beschluss I Öffentliche Sicherheit

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

6821 I Öffentliche Sicherheit

6822

6823 Personaloffensive fortsetzen und Ausstattung der Polizei

6824 verbessern

6825 Die Polizei kann ihrem anspruchsvollen Auftrag als Hüterin des sozialen Friedens
6826 für alle Menschen in Sachsen-Anhalt nur gerecht werden, wenn sie über eine
6827 angemessene Ausstattung und das notwendige vielfältig qualifizierte Personal
6828 verfügt.

6829

6830 Wir setzen uns weiter für eine spürbare Erhöhung des Personals auf der Straße
6831 und in der Kriminalpolizei ein. Erstmals seit 2011 ist unter grüner
6832 Regierungsbeteiligung die Anzahl aktiver Polizeivollzugsbeamt*innen wieder
6833 gestiegen. Hier arbeiten wir weiter. Wir streben eine Zahl von 7.000
6834 Polizeivollzugsbeamt*innen bis 2026 an

6835

6836 Polizist*innen wollen wir von administrativen Aufgaben entlasten und ihnen damit
6837 auch mehr Zeit für direkten Kontakt mit den Bürger*innen geben. Dafür stärken
6838 wir die Polizeiverwaltung personell.

6839

6840 In der Landeshauptstadt Magdeburg und in Halle (Saale) wollen wir die
6841 polizeilichen Strukturen vor Ort um eine Fahrradstaffel ergänzen, die nah an den
6842 Bürger*innen für polizeiliche Präsenz sorgt.

6843

6844 Den Beförderungsstau bei der Landespolizei wollen wir auflösen und ausreichend
6845 Beförderungsmittel im Haushalt bereitstellen, um anstehende Beförderungen auch
6846 tatsächlich durchführen zu können. Wer höherwertige Dienstposten ausfüllt, muss
6847 entsprechend bezahlt werden.

6848

6849 Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss das Land alle Möglichkeiten ausschöpfen.
6850 qualifiziertes Personal für die Landespolizei zu gewinnen. Dazu gehört, die
6851 Polizei noch stärker für vielfältige Herkünfte und Lebensentwürfe zu öffnen und
6852 als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Wir wollen mehr Frauen, Menschen mit
6853 Migrationsgeschichte und Quereinsteiger*innen für den Polizeidienst gewinnen.
6854 Dafür sind auch die bestehenden Arbeitszeitmodelle zu modernisieren. Für
6855 dringend benötigte Spezialist*innen, etwa im IT-Bereich, muss es auch
6856 finanziellen Spielraum oberhalb des Tarifvertrags der Länder geben.

6857

6858 Die Aus- und Weiterbildung an der FH Polizei in Aschersleben wollen wir mit
6859 interdisziplinären Ansätzen, Möglichkeiten für Praktika und Hospitationen
6860 außerhalb der Polizei und mehr Kooperationen in der regionalen

6861 Hochschullandschaft ebenso stärken wie die Autonomie der Hochschule, um
6862 Forschung auch jenseits des Verantwortungsbereiches des Ministeriums für Inneres
6863 und Sport zu ermöglichen.

6864 Strafverfolgungsbehörden und Polizei für das digitale Zeitalter rüsten

6865 Anlasslose Massenüberwachung erhöht die Sicherheit nicht, denn sie bindet
6866 dringend notwendige Kapazitäten bei Polizei und Justiz und stellt eine
6867 zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen
6868 dar. Wir wollen stattdessen Strafverfolgungsbehörden und Polizei personell und
6869 organisatorisch für das digitale Zeitalter rüsten. Strafverfolger*innen müssen
6870 personell und technisch so ausgestattet und ausgebildet sein, dass sie geltendes
6871 Recht überall und zielgerichtet durchsetzen können, egal ob online oder offline.

6872

6873 Wir setzen uns dafür ein, dass Polizist*innen direkt vom Einsatzort alle
6874 notwendigen Dokumentationsarbeiten erledigen können. Dafür muss die polizeiliche
6875 IT-Infrastruktur umfassend ertüchtigt werden. Einsatz- und Führungsmittel wollen
6876 wir weiter modernisieren.

6877 Polizeiliche Datenbanken müssen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft und
6878 Löschfristen eingehalten werden. Eine Ausweitung der sogenannten Quellen-
6879 Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) lehnen wir ab. Die
6880 Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen und Einsatz von
6881 Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum sind unverhältnismäßige
6882 Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung.

6883 Massenüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Verhindern lassen sich
6884 (terroristische) Straftaten mit Videoüberwachung nicht. Eine Totalüberwachung
6885 des öffentlichen Raums vom Marktplatz bis zum Bierzelt bleibt für uns mit den
6886 Freiheits- und Selbstbestimmungsgrundsätzen des Grundgesetzes unvereinbar. Wo
6887 Videoüberwachung stattfindet, setzen wir darauf, dass diese direkt durch die
6888 Polizei eingesehen wird, um Straftaten nicht nur dokumentieren zu können,
6889 sondern unmittelbare Hilfeleistung, Fahndung und Aufklärung zu ermöglichen.

6890

6891 Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik stützt sich auf wissenschaftliche
6892 Erkenntnis. Wir lehnen es ab, nach Gewalttaten die Sicherheitsgesetze reflexhaft
6893 zu verschärfen. Unser Ziel ist, Straftaten mit Prävention zu verhindern. Daran
6894 wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur ausrichten. Neue Befugnisse für
6895 Sicherheitsbehörden erhalten auch deshalb mit uns ein Verfallsdatum, bevor über
6896 ihre dauerhafte Einführung beschlossen wird.

6897 Demokratische Kultur bei der Polizei stärken

6898 In den Polizeien in ganz Deutschland sind in den vergangenen Jahren
6899 besorgniserregende Vorkommnisse mit rechtsradikalen, rassistischen,
6900 antisemitischen, allgemein menschenfeindlichen oder antidemokratischen
6901 Hintergründen bekannt geworden. Dies wiegt schwer, denn die Polizei hat eine
6902 besondere Stellung im demokratischen Rechtsstaat.

6903 Wir gehen fest davon aus, dass die überragende Mehrheit der Polizist*innen in
6904 Deutschland und Sachsen-Anhalt die Werte des Grundgesetzes verinnerlicht und
6905 ihren Eid aus Überzeugung geleistet hat. Die bekannt gewordenen Vorfälle sind
6906 ein Warnsignal, das ernst genommen werden muss. Es ist notwendig zu wissen, wie
6907 weit menschen- und demokratiefeindliche Einstellungsmuster innerhalb der Polizei

6908 verbreitet sind. Wir wollen, dass das Land Sachsen-Anhalt sich an einer
6909 unabhängigen wissenschaftlichen Studie beteiligt, die fortlaufende Erkenntnisse
6910 zu Einstellungsmustern der sachsen-anhaltischen Beamt*innen liefert, um
6911 antidemokratischen Tendenzen wirksam entgegensteuern zu können. Demokratie- und
6912 menschenfeindliche Vorkommnisse in den Sicherheitsbehörden erfassen wir in einer
6913 fortlaufenden Statistik.

6914 In der Polizeiausbildung wollen wir die demokratische politische Bildung weiter
6915 stärken. An die Stelle einer hermetisch abgeschlossenen Cop-Culture muss eine
6916 Kultur der inneren Führung treten, in der es selbstverständlich ist, Fehler
6917 offen zu analysieren Missständen in den eigenen Reihen entgegenzuwirken.

6918 Polizeibeauftragte*r und Whistleblower*innen-Regelung

6919 Zu einem souveränen Staat gehört eine funktionierende Fehlerkultur: Die
6920 staatlichen Vertreter*innen sind ansprechbar, reflektieren und handeln mit
6921 offenem Visier. Sie begründen ihr Handeln nachvollziehbar und setzen sich
6922 transparent mit den Argumenten anderer auseinander.

6923

6924 Eine gute Polizei braucht unabhängige und demokratische Kontrolle. Dass
6925 Missstände innerhalb der Sicherheitsbehörden vor allem durch anonyme Hinweise
6926 ans Tageslicht kommen, zeigt, dass die bestehenden Mechanismen interner
6927 Kontrolle noch unzureichend sind. Hier wollen wir eine neue Kultur der
6928 Transparenz etablieren. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass
6929 Hinweisgeber*innen (Whistleblower*innen) vor Repressionen geschützt werden, wenn
6930 sie Missstände gegenüber den Kontrollinstanzen ans Tageslicht bringen.

6931 Zur Stärkung von Rechtsstaat und Polizei wollen wir die bisher beim Ministerium
6932 für Inneres und Sport angesiedelte Beschwerdestelle zu eine*m unabhängige*n
6933 Polizeibeauftragte*n weiterentwickeln, an den*die sich Polizist*innen
6934 vertraulich und ohne Beachtung des Dienstwegs wenden können. Der oder die
6935 Polizeibeauftragte ist zudem Ansprechperson für alle Bürger*innen.

6936 Perspektive von Betroffenen stärken

6937 Die Polizei arbeitet im Regelfall täterzentriert. Wir wollen die Perspektive der
6938 Opfer und Betroffenen von Straftaten im polizeilichen Alltag stärken und ihre
6939 Bedürfnisse in den Fokus rücken. Wir setzen zudem auf einen beständigen Dialog
6940 zwischen Polizei und Zivilgesellschaft und eine interkulturelle Öffnung der
6941 Polizei. Wir etablieren Formate, in denen diese Dialoge stattfinden können.

6942 Racial Profiling verbieten

6943 Die Bundesrepublik ist von internationalen Organisationen immer wieder für einen
6944 Mangel in der Bekämpfung rassistischer Diskriminierung und für Racial Profiling
6945 bei polizeilichen Kontrollen kritisiert worden. Wir wollen Racial Profiling
6946 gesetzlich verbieten. Zudem schaffen wir eine Möglichkeit für alle Personen, die
6947 von der Polizei kontrolliert werden, eine Quittung über die Kontrolle zu
6948 erhalten.

6949 Feuerwehr, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen stark machen

6950 Ein sicheres Sachsen-Anhalt wird auch durch die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen
6951 in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen getragen. Wir
6952 unterstützen die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Brandschutz, bei

6953 der Modernisierung und Beschaffung ihrer Ausstattung sowie durch gute Aus- und
6954 Fortbildungsmöglichkeiten. Wir wollen mehr Menschen für ehrenamtliches
6955 Engagement in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen begeistern.

6956 Neugründung des Verfassungsschutzes

6957 Die überkommenen Strukturen des Verfassungsschutzes sind reformbedürftig. Unter
6958 bündnisgrüner Beteiligung sind wichtige Schritte bei der Reform der
6959 Verfassungsschutzbehörde in Sachsen-Anhalt auf den Weg gebracht worden.
6960 Transparenz und parlamentarische Kontrolle wurden gestärkt, gesetzliche Regeln
6961 für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie V-Leute geschaffen. Eine
6962 Erweiterung der Befugnisse der Behörde lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die
6963 Neugründung des Verfassungsschutzes in Form einer verkleinerten Behörde, die
6964 nachrichtendienstliche Mittel anwendet. Ihr zur Seite stehen soll zukünftig eine
6965 unabhängige Stelle zur wissenschaftlichen Analyse von Gefahren für Demokratie
6966 und Rechtsstaatlichkeit.

6967 Konsequenter Kampf gegen islamistische Gefährder*innen

6968 Wir Grüne lehnen jegliche islamistische Bestrebung konsequent ab. Islamist*innen
6969 bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische
6970 Grundordnung. Die islamistischen Attentate in Deutschland und Europa haben
6971 gezeigt, dass vom gewaltbereiten Islamismus weiterhin eine große Gefahr ausgeht.
6972 Die Sicherheitsbehörden wollen wir daher in die Lage versetzen, konsequent gegen
6973 islamistische Gefährder*innen vorgehen zu können. Im Fall eines besonders hohen
6974 Gefährdungspotentials muss eine engmaschige Überwachung sichergestellt werden.
6975 Als ultima ratio sollen bei Vorliegen der rechtsstaatlich gebotenen
6976 Voraussetzungen auch Abschiebungen nicht ausgeschlossen werden.